

Mitteilung
- öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2023/216/1

Verwaltungsausschuss

am 21.09.2023

TOP:

Rat der Stadt Laatzen

am 21.09.2023

TOP:

Haushaltssicherung langfristig anlegen

- Ganzheitliche Grundlage für die Entwicklung der Stadt legen

- Antrag der Gruppe SPD - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - DIE LINKE im Rat der Stadt Laatzen

- Stellungnahme der Verwaltung

Mit der Drucksachen-Nr. 2023/216 beantragt die Gruppe SPD – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – DIE LINKE, die künftige Haushaltssicherung ganzheitlich, mittel- bis langfristig und entwicklungsorientiert anzulegen. Hierzu soll auf Basis einer SWOT-Analyse eine zukünftige strategische Ausrichtung in Bezug auf die weitere Entwicklung der Stadt Laatzen ermittelt und festgeschrieben werden. Diese zukünftige Ausrichtung wird als sinnvolle Ergänzung den bereits mit der Kommunalaufsicht vereinbarten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung betrachtet und soll die Handlungsfähigkeit für politische Gestaltung sowie die gelebte kommunale Selbstverwaltung perspektivisch sicherstellen.

In diesem Antrag werden insbesondere drei Aspekte/Elemente einer ganzheitlichen und entwicklungsorientierten Haushaltssicherung genannt:

1. Der Haushalt ist auf Produktebene kritisch zu durchleuchten, auf sinnvolle Referenzwerte zurückzuführen und mit anderen Regionskommunen zu vergleichen

Im Zusammenhang mit der Genehmigung des Haushaltsplanes 2023 wurde der Kommunalaufsicht die Durchführung einer flächendeckenden Aufgaben- und Produktkritik zugesichert. Die Umsetzung dieser Aufgabenkritik wurde zwischenzeitlich in der Verwaltung initiiert, es werden produktorientiert alle Aufgaben und Leistungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Quantität und Qualität überprüft.

Die Ausweisung sinnvoller Referenzwerte in allen Produktbeschreibungen sowie der Vergleich mit anderen Regionskommunen wird grundsätzlich befürwortet. Zu klären ist jedoch, welche Referenzwerte aussagekräftig sind und sich für Vergleiche mit anderen Regionskommunen eignen.

Vorlage gefertigt von	SV Team	Mitzeichnungen			
Diktatz.:					

2. Die Erstellung einer SWOT-Analyse, die die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der Stadt genau unter die Lupe nimmt

Die SWOT-Analyse ist eine anerkannte und bewährte Methode zur strategischen Planung von Unternehmen und Organisationen und unterteilt sich in eine interne (Unternehmensanalyse) und eine externe Perspektive (Umweltanalyse). Zu klären ist, von welchem Personenkreis (beispielsweise Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und Bürger) die jeweiligen Fragen zu den vier Elementen beantwortet werden sollen und in welchem Rahmen die SWOT-Analyse durchgeführt werden soll.

3. Aus der SWOT-Analyse sollten Alternativszenarien für realistische, mittel- bis langfristige Entwicklungsoptionen inklusive Leitbilder/Zielbilder und Entwicklungspfade benannt werden

Die SWOT-Analyse an sich ist zunächst ‚nur‘ eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation. Für eine entsprechende Maßnahmenableitung zur strategischen Planung werden in der Literatur verschiedene Möglichkeiten angeführt; nicht wenige Autoren fordern eine vorausgehende Zielformulierung. Daher bedarf es zunächst einer näheren Klärung der konkreten Vorgehensweise.

Seitens der Verwaltung wird dieser Antrag begrüßt, da die dort genannten globalen und lokalen Herausforderungen nur mit verbindlichen strategischen Leitlinien bewältigt werden können; dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der äußerst schwierigen Haushaltslage der Stadt. Wie kurzfristig die im Antrag erwähnten städtischen Entwicklungsoptionen benannt werden können, hängt maßgeblich von der entsprechenden Vorgehensweise ab. Seitens der Verwaltung wird die Einrichtung einer Projektgruppe vorgeschlagen, die paritätisch mit Mitgliedern aus Politik und Verwaltung zu besetzen ist. Die Federführung kann vom Team Zentrale Steuerung und Finanzen übernommen werden. Diese Projektgruppe sollte sich zunächst mit einer eindeutigen Zielformulierung beschäftigen und die sich aus dem Antrag ergebenden und noch offenen Fragen klären.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass dieser Antrag im direkten Zusammenhang mit der Anfrage der Gruppe SPD – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – DIE LINKE (Drucksachen-Nr. 2023/246) zum Kommunalen Steuerungsmodell zu betrachten ist, da Strategie und Steuerung untrennbar miteinander verknüpft sind.

im Auftrag

Jörg Sporleder